

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
13.01.2014
Ausschussbetreuender Fachbereich
Zentraler Dienst 5-10
Schriftführung
Hans-Jörg Fedder
Telefon-Nr.
02202-142865

Niederschrift

Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach
Sitzung am Dienstag, 10.09.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:30 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder des Integrationsrates, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 "Alt werden in Deutschland" - Aktuelles aus der Senioren- und Pflegeberatung
Bericht: Herr Grothe, Seniorenbüro**
- 3 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung am 25.06.2013**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 25.06.2013**

0431/2013

- 5 **Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 6 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
- Es liegen keine Mitteilungen vor. -
- 7 **Kindeswohlgefährdung: Erläuterung zu § 8 a Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)**
Bericht: Frau Schlich, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales
- 8 **Neuwahl des Integrationsrates 2014**
- 9 **Resolution**
- 10 **Internationales Kochen im Schulzentrum Ahornweg im Herbst**
- 11 **Interkulturelles Kochbuch "Bergisch Gladbach is(s)t International"**
- 12 **Weltkindertag Wohnpark Bensberg am 28.09.2013**
- 13 **Besichtigung der Groß-Moschee in Köln-Ehrenfeld am 07.09.2013**
Bericht: Herr Basyigit
- 14 **Klausurtagung des Integrationsrates 2014**
- 15 **MiKibU**
- 16 **Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme"2013**
0427/2013
- 17 **Bericht aus den Ausschüssen**
- 18 **Bericht aus den Arbeitskreisen**
- 19 **Verschiedenes**
Zwischenergebnis Zensus 2011 für die Stadt Bergisch Gladbach

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Mitglieder des Integrationsrates, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Integrationsrates, Herr Iyilik, eröffnet die 14. Sitzung des Integrationsrates in der laufenden Wahlperiode. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest. Entschuldigt fehlen Herr Farber und Frau Scheerer.

2. "Alt werden in Deutschland" - Aktuelles aus der Senioren- und Pflegeberatung Bericht: Herr Grothe, Seniorenbüro

Herr Iyilik begrüßt Herrn Grothe vom Seniorenbüro, der zum Thema berichtet.

Frau Münzer geht darauf ein, dass auch in Familien mit Migrationshintergrund die Zahl pflegebedürftiger älterer Menschen steigt. Im Kölner Stadt-Anzeiger habe sie über ein innovatives Projekt gelesen, bei dem Pflegekräfte und -berater in Sprachen geschult werden. Verstärkt würden Pflegekräfte auch darin geschult, in Fällen von Demenzerkrankungen an Familien heranzukommen.

Auf ihre Anfrage erklärt Herr Grothe, dass es derzeit keinen auffällig steigenden Bedarf gibt. Auf den vorhandenen Bedarf wird individuell reagiert. In ambulanten Pflegediensten gebe es bereits Personal mit Fremdsprachenkenntnissen. Insofern sei dem Seniorenbüro noch nicht bekannt geworden, dass Unterstützung an Sprachschwierigkeiten scheiterte.

Zur Frage der stationären Versorgung ausländischer Mitbürger könne er keine Zahlen vortragen. Die Stadt Bergisch Gladbach sei aber auch „nur“ mit ambulanten Lösungen betraut. Für die stationäre Unterbringung – genauer die Heimaufsicht der Pflegeeinrichtungen – sei der Kreis zuständig (Herr Pohl). Nach seiner Auskunft werden ähnlich wie bei der ambulanten Versorgung die Einzelfälle individuell gelöst. Dabei gehe es nicht nur um Sprachfragen sondern z. B. auch um Ernährungsvorschriften.

Frau Münzer interessiert sich dafür, wie Probleme mit Dementen innerhalb der Familien gelöst werden.

Frau Koshofer bestätigt, dass es nach Angaben Herrn Pohls noch keine zahlreichen Fälle gibt, weil es noch nicht viele Migranten in dem Alter gibt.

Verschiedene Mitglieder des Integrationsrates berichten über Fälle aus ihrer Familie oder dem Bekanntenkreis, bei denen es aufgrund geringer Deutschkenntnisse der Pflegebedürftigen zu Schwierigkeiten bei der Pflege kam.

Herr Grothe verweist darauf, dass auch in deutschen Familien immer wieder die Versorgung durch die eigenen Angehörigen gewünscht werde. Das sei oft mit einer Überforderung pflegender Angehöriger verbunden. Das Seniorenbüro biete Hilfestellung bei der Verteilung der Leistungen auf mehrere Personen an. Unterstützung bieten z. B. die Alten- und Familienhilfe und die Caritas bei Hausarbeiten.

Auf den Wochenmärkten und in den Begegnungsstätten werde regelmäßig über die Arbeit des Seniorenbüros informiert. Ein neuer Wegweiser wird derzeit vorbereitet.

Herrn Grothe ist die Planung eines Demenzzentrums am Evangelischen Krankenhaus bekannt. Es gebe noch andere Demenzwohngruppen in Bergisch Gladbach. Auf die personelle Besetzung habe die Stadt Bergisch Gladbach kaum Einfluss. Auch an der Planung solcher Einrichtungen werde die

Stadt nicht beteiligt; hier sei der Kreis als Heimaufsicht Ansprechpartner. Der Kreis könne auch die Personalauswahl ansprechen.

Bei der Stadt Bergisch Gladbach ist Frau Cichy-Betten (Tel. 02202/14-2319) Ansprechpartnerin für Wohnberatung und der Beratung in Einrichtungen wie Betreutes Wohnen, Seniorenwohnungen und Pflegeheimen. Sie gehört einem Gremium an, in dem über diesen Bedarf gesprochen wird.

Frau Kara würde begrüßen, wenn der Integrationsrat den Bedarf Pflegebedürftiger mit Migrationshintergrund an muttersprachlicher Betreuung unterstützen könne.

Herr Cromme unterstützt dies. Er verweist darauf, dass in Bergisch Gladbach etwa 24% über einen Migrationshintergrund verfügen. In der Altersklasse der 50- bis 64-jährigen liege der Anteil bereits bei über 30%. Das Problem im Pflegebereich komme erst noch auf die Stadt zu.

Herr Gür schließt sich dem an und weist darauf hin, dass ein Teil der ersten Generation in ihre Heimatländer zurückkehrt und deshalb in der Statistik nicht auftaucht. Für Pflegefälle der zweiten Generation, die sich mit dem Verbleib in Deutschland abgefunden habe, müsse Vorsorge getroffen werden. Die dritte Generation sieht Deutschland als Heimat und bleibe auf jeden Fall hier.

Herr Iyilik erklärt, durch den Wegfall der Zivildienstleistenden sei ein großes Loch in der Pflege entstanden. Z. B. konfessionell gebundene Häuser würden aber keine Auszubildenden mit muslimischem Hintergrund zulassen. Dies widerspricht dem Antidiskriminierungsgesetz und sei nicht erlaubt.

Frau Koshofer ist über diese Ausführung verwundert, weil sie bei einem Besuch im Krankenhaus eine türkische Ärztin gesehen habe.

Frau Hänsch verweist hinsichtlich der Ausführungen Herrn Iyiliks auf eine Sonderregelung der Kirchen. Daher liegt kein Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz vor. In vielen kirchlichen Häusern gibt es die „Interkulturelle Öffnung“. Den Trägern sei bewusst, dass sie Mitarbeiter brauchen, die eine andere Sprache mitbringen. Es sei aber wahrscheinlich arbeitstechnisch schwierig, z. B. eine Auszubildende zu Übersetzerdiensten heranzuziehen. Auch seien die Zahlen noch nicht so hoch. Eine Zusammenarbeit zwischen den im Integrationsrat vertretenen Organisationen und den in Heimen und Krankenhäusern tätigen Organisationen sei sinnvoll. Vielen Angehörigen sei die Rechtslage bei einer Pflegebedürftigkeit nicht klar. Es sei nicht sinnvoll, wenn z. B. ein Ehepartner ohne gute Deutschkenntnisse eine Betreuung übernimmt.

Frau Siebenmorgen verweist auf das Thema „Türkische Familie mit Demenzerkrankung“, das Gegenstand des Filmfestivals „Nahaufnahme“ im letzten Jahr war. Der Film war in türkischer Sprache. Es war auch ein türkischer Internist da, der einen Vortrag hielt und für Fragen zur Verfügung stand. Die Resonanz bei den Mitgliedern des Integrationsrates war aber recht gering.

Frau Münzer schlägt vor, an den Sprechtagen des Seniorenbüros auf dem Wochenmarkt auch einen Fachkundigen aus dem Pflegebereich zu beteiligen. Die Mitglieder des Integrationsrates können dann dafür werben, den Stand des Seniorenbüros zu besuchen.

Herr Adjano fragt nach Möglichkeiten der Ausstellung eines Seniorenpasses, der zu Ermäßigungen z. B. bei kulturellen Veranstaltungen berechtigt. Dieser Seniorenpass solle auch in anderen Kommunen gelten. Er wurde auf eine abgespeckte Form des Löwenpasses für Bedürftige verwiesen. Sofern es noch keinen Seniorenpass gibt, solle dessen Einführung angeregt werden.

Herr Grothe verweist darauf, dass einzelne Einrichtungen wie der Zoo älteren Menschen Ermäßigungen gewähren. Einen Seniorenpass gibt es aber nicht. Viele Senioren seien zahlungskräftig genug, um auch ohne einen solchen Pass kulturelle Einrichtungen besuchen zu können. Für bedürftige Menschen gab es in der Vergangenheit die Möglichkeit, in verschiedenen Einrichtungen eine Ermäßigung zu bekommen. Der aktuelle Sachstand sei ihm unbekannt.

Frau Schlich verweist auf Ermäßigungen vieler Einrichtungen in der Bundesrepublik für ältere Menschen. Ggfs. müsse der Pass oder der Rentenausweis vorgelegt werden. In Bergisch Gladbach werde nächste Woche die Seniorenkulturwoche durchgeführt. Auch das Seniorenkino erfreue sich bei günstigen Preisen großer Beliebtheit. Führe eine Kommune einen Seniorenpass ein, könne dieser aber auch nur in dieser Kommune gelten, weil diese Stadt die Ermäßigung nur mit ihren Einrichtungen verrechnen könne.

Herr Iyilik bedankt sich unter Beifall des Integrationsrates bei Herrn Grothe für seine Ausführungen.

Herr Iyilik schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 7 vorzuziehen. Frau Schlich müsse die Sitzung um 18.30 Uhr verlassen. Mit der Änderung der Tagesordnung ist der Integrationsrat einverstanden.

7. **Kindeswohlgefährdung: Erläuterung zu § 8 a Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)**
Bericht: Frau Schlich, Fachbereichsleiterin Jugend und Soziales

Herr Iyilik begrüßt Frau Schlich, Fachbereichsleiterin für Jugend und Soziales der Stadt Bergisch Gladbach.

Frau Schlich bedankt sich für die Einladung und trägt zu § 8a SGB VIII: Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung vor. Da sich eine Vereinbarung der Jugendämter innerhalb des Rheinisch-Bergischen Kreises noch in der Aufstellung befindet und dann auch noch mit Wohlfahrtsverbänden abgestimmt werden muss, könne sie in diesem Bereich noch nichts abschließendes berichten. Sie bietet aber einen erneuten Besuch in drei Monaten an.

Seit September letzten Jahres gibt es vom „Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge“ Handlungsempfehlungen zu den Führungszeugnissen bei neben- und ehrenamtlich Tätigen in der Kinder- und Jugendhilfe.

Auf Anfrage Herrn Basyigits erläutert Frau Schlich, dass es verschiedene Arten Jugendarbeit gibt. Ein Beispiel sind Jugendgruppen, in denen Kreativität gefördert wird. Es gibt Spielgruppen und Gruppen, in denen gemeinsam gelernt wird. Wenn die Vereinbarung abgeschlossen wurde, wird darüber informiert.

Auf Anfrage Frau Koshofers berichtet Frau Schlich über den Elternbesuchsdienst und die Eltern-Begleit-Mappe. Die Besuche sind nicht verpflichtend, sondern ein Angebot. Hebammen, die Anlass zur Sorge hinsichtlich der Versorgung der Neugeborenen hätten, könnten sich direkt an die Bezirkssozialarbeit wenden. Letztes Jahr gab es über 200 Meldungen über mögliche Kindeswohlgefährdungen.

Auf Anfrage Herrn Basyigits wird mitgeteilt, dass das Führungszeugnis für Ehrenamtler kostenfrei ist.

Herr Cromme möchte wissen, ob die Stadt nach dem Dormagener Modell verfahren wird (regelmäßige Besuche bis zum 16. oder 18. Lebensjahr). Die zusätzlichen Kosten für die regelmäßigen Besuche würden dadurch aufgefangen, dass Kosten für Hilfefälle vermieden würden.

Frau Schlich führt aus, dass es langfristig sinnvoll sein kann, Familien mit Problemen so zu begleiten, dass die Probleme gelöst und die Kinder zu einem unabhängigen Leben befähigt werden. Das Dormagener Modell wurde in Bergisch Gladbach und auch in anderen Kommunen diskutiert. Von einer Einführung wurde aber abgesehen.

Herr Iyilik bedankt sich unter Beifall des Integrationsrates bei Frau Schlich für ihre Ausführungen.

3. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung am 25.06.2013

Die Niederschrift wird genehmigt.

4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Integrationsrates am 25.06.2013 *0431/2013*

Frau Münzer verweist darauf, dass Herr Farber eine Resolution vorbereiten sollte, aber heute nicht da sei. Sie gehe davon aus, dass die Resolution erst zu dem bereits angekündigten nächsten Termin behandelt und verabschiedet werden solle. Frau Siebenmorgen verweist auf TOP 9 der heutigen Sitzung.

Die Vorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen.

5. Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Iyilik trägt keine Mitteilungen vor.

6. Mitteilungen des Bürgermeisters **- Es liegen keine Mitteilungen vor. -**

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

8. Neuwahl des Integrationsrates 2014

Herr Karakus möchte wissen, wie die Wahlbeteiligung von Bürgern mit Migrationshintergrund gesteigert werden kann. Dazu verweist Frau Siebenmorgen zunächst auf die Neuwahl im nächsten Jahr. Es sei Aufgabe der Kandidaten, für eine regere Wahlbeteiligung zu werben. Sie bittet die Mitglieder des Integrationsrates darum, sich bis zur nächsten Sitzung zu überlegen, ob sie bei der nächsten Wahl wieder antreten.

Sodann weist Frau Siebenmorgen auf eine Gesetzesinitiative des Landtages hin, wonach die Wahlberechtigung ausgeweitet werden soll. Weitere Neuerung sei die mögliche Wahl von stellvertretenden Mitgliedern des Integrationsrates. Die Mitglieder des Integrationsrates sollen zukünftig wie sachkundige Bürger behandelt werden, z. B. hinsichtlich des Sitzungsgeldes, der Fahrtkosten und einem Anspruch auf Verdienstausschluss.

Frau Münzer weist auf die Absicht des Gesetzgebers hin, den Integrationsrat am Tag der Kommunalwahl neu wählen zu lassen. Davon verspreche sie sich eine höhere Wahlbeteiligung. Es bleibe abzuwarten, welche geplanten Änderungen umgesetzt werden.

Herr Basyigit möchte eine Klärung der Frage herbeiführen, ob wieder eine gemeinsame Liste oder ob verschiedene Gruppierungen zur Wahl antreten. Es sollen Kandidaten antreten, die sich im Integrationsrat engagieren. Da im Wesentlichen nur eine Liste antrat, wurde im Gegensatz zu Köln auch kein Wahlkampf geführt.

Herr Adjano sieht einen Grund für die geringe Wahlbeteiligung bei der letzten Wahl in den geringen medienwirksamen Wahlauftruf. Viele Wahlberechtigte seien über die letzte Wahl zum Integrationsrat nicht informiert gewesen. Auf seine Anmerkung hin verweist Frau Siebenmorgen auf die –

wie zu jeder anderen Wahl auch – verschickten Wahlbenachrichtigungen. Einem Integrationsausschuss würden mehr Ratsmitglieder als Migrantenvvertreter angehören. Die Entscheidung zugunsten des Integrationsrates sei auch deshalb gefallen, weil Migrantenvvertreter die Probleme ihrer Gemeinschaften besser kennen als Ratsmitglieder.

Frau Schlich gibt Herrn Basyigit dahingehend Recht, dass sich in anderen Städten unterschiedliche Listen zur Wahl stellen, die zum Teil von Parteien unterstützt werden. Teilweise stellen Parteien ihre eigenen Listen auf oder Migrantenvorganisationen nehmen Einfluss auf einzelne Listen. Andererseits hätte auch eine einheitliche Liste Vorteile.

Frau Münzer verweist auf z. T. erhebliche Kosten, wenn jeder für sich Wahlkampf betreibt.

Frau Siebenmorgen verweist auf die Möglichkeit, dass der Integrationsrat nächstes Jahr ein Teil seines Budgets für Wahlwerbung ausgibt.

Herr Gür erinnert an die Kandidatur der Einzelbewerberin.

Frau Münzer spricht sich für eine Entscheidung – auch über eine erneute Diskussion – erst in der nächsten Sitzung aus.

9. Resolution

Frau Siebenmorgen erinnert an die Beratungen während der letzten Sitzung. Die gewünschte außerordentliche Vorstandssitzung findet am 08.10.2013 im großen Ratssaal Bergisch Gladbach statt. Eine Resolution, die sich gegen die politischen Verhältnisse in der Türkei wendet, fällt nach Ansicht der Verwaltung (Kommunalverfassung) nicht in die Zuständigkeit der Stadt. Es handele sich auch nicht um die ureigenste Aufgabe des Integrationsrates, sich mit der Lage im Ausland zu befassen. Ein Beschluss zu einer solchen Resolution wäre rechtswidrig. Der Integrationsrat habe lediglich die Möglichkeit, dem Rat eine solche Resolution zur Entscheidung vorzulegen.

Ohne das Wissen um die Rechtswidrigkeit einer Resolution habe sie Herrn Farber gebeten, eine Resolution für die heutige Sitzung vorzuformulieren. Das habe Herr Farber aber abgelehnt.

Frau Münzer erinnert an die Diskussion der letzten Sitzung. Sie spricht sich dafür aus, den Termin bestehen zu lassen und Herrn Farber als Initiator der Resolution nach seiner Rückkehr zu informieren. Sie teilt Frau Siebenmorgens Auffassung und weiß nicht, wie sich der Rat zu einer solchen Resolution stellen würde.

Herr Cromme spricht sich in der heutigen Sitzung für eine Entscheidung der Frage einer Empfehlung an den Rat aus.

Herr Gür fragt, was der Integrationsrat empfehlen dürfe. Bei seiner Verpflichtung habe er geschworen, sich für die Interessen Bergisch Gladbachs einzusetzen. Er möchte wissen, welchen Vorteil diese Resolution oder eine Empfehlung an den Rat für die Stadt Bergisch Gladbach habe.

Frau Koshofer und Frau Schöttler-Fuchs sprechen sich für die Beibehaltung des Termins der offenen Vorstandssitzung aus, um das Thema diskutieren zu können. Frau Schöttler-Fuchs ist aber dagegen, eine Empfehlung abzugeben.

Herr Basyigit beantragt, über die Durchführung einer Sitzung abzustimmen.

Herr Cromme befürchtet, dass sich die Mitglieder des Integrationsrates bei einem Beschluss über die Resolution in Konfrontation zueinander begeben. Komme es heute nicht zu einem Beschluss, bleibe es bei dem Beschluss, eine erweiterte Vorstandssitzung durchzuführen.

Herr Dresbach regt an, am 08.10. als Termin festzuhalten und dann allgemein die politische Lage zu besprechen.

Im Integrationsrat besteht Einvernehmen darüber, am Beschluss der letzten Sitzung festzuhalten und eine Vorstandssitzung des Integrationsrates durchzuführen, an der alle Mitglieder des Integrationsrates teilnehmen dürfen.

10. Internationales Kochen im Schulzentrum Ahornweg im Herbst

Frau Siebenmorgen erläutert das Vorhaben und den gegenwärtigen Sachstand.

Herr Basyigit berichtet über ein Gespräch mit Herrn Farber, der die sechs noch freien Plätze gerne mit Mitgliedern des Integrationsrates besetzen möchte. Er und Frau Kara verweisen auf den Wunsch einer stärker internationalen Besetzung des „Internationalen Kochens“.

Frau Münzer kritisiert, dass diese Veranstaltung regelmäßig mit anderen Sitzungen – in diesem Jahr mit der Sitzung des Inklusionsbeirates – kollidiert, weswegen sie auch an diesem „Internationalen Kochen“ nicht teilnehmen könne.

Frau Kara verteidigt die in der Regel gelungene Veranstaltung.

Frau Sapp spricht sich für eine strukturiertere Organisation der Veranstaltung aus.

11. Interkulturelles Kochbuch "Bergisch Gladbach is(s)t International"

Frau Siebenmorgen verweist auf die Tischvorlage (*Anlage 2*). Das Kochbuch sei fertig und stehe zum Verkauf. Sie bedankt sich bei den Mitgliedern des Integrationsrates, die sich an dem Kochbuch beteiligt haben und stellt es kurz vor. Ein möglicher Gewinn aus dem Verkauf der Kochbücher wird dem hiesigen Frauenhaus zur Verfügung gestellt.

Frau Koshofer lobt die Gestaltung des Kochbuchs.

12. Weltkindertag Wohnpark Bensberg am 28.09.2013

Frau Siebenmorgen verweist auf die verteilten Flyer und lässt eine Liste herumgehen, in die sich jeder eintragen kann, der beim Weltkindertag helfen möchte. Bisher stehen als Helfer Frau Münzer, Frau Sapp, eine Auszubildende und Frau Siebenmorgen zur Verfügung. Frau Münzer und sie selbst gehören zum Organisationsteam, sodass sie für den Stand nur sehr beschränkt zur Verfügung stehen. Geplant ist ein Luftballonwettbewerb. Frau Münzer unterstützt Frau Siebenmorgen bei der Suche nach weiteren Helfern.

13. Besichtigung der Groß-Moschee in Köln-Ehrenfeld am 07.09.2013
Bericht: Herr Basyigit

Herr Basyigit berichtet über die Besichtigung der Großmoschee, Frau Münzer über eine weitere Besichtigung im Rahmen des CDU-Sommerprogramms. Beide sprechen sich für weitere Führungen unter Federführung des Integrationsrates aus. Frau Münzer und Frau Siebenmorgen bitten um einen entsprechenden Beschluss des Integrationsrates. Frau Münzer stellt sich als Organisatorin zur Verfügung.

Der Integrationsrat fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig bei einer Enthaltung)

Ein- oder zweimal jährlich wird als Projekt des Integrationsrates eine Führung durch die Großmoschee organisiert.

14. Klausurtagung des Integrationsrates 2014

Der Integrationsrat fasst nach kurzer Diskussion folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Für die Vorbereitung der Neuwahl des Integrationsrates wird an einem Wochenende im Frühjahr eine Sondersitzung des Integrationsrates durchgeführt. Die Klausurtagung findet nach der Neuwahl des Integrationsrates statt.

15. MiKibU

Herr Cromme geht auf den der Einladung beigefügten Zeitungsartikel ein und erklärt, MiKibU verfüge inzwischen über 75 Helfer. Wahrscheinlich werde in Kürze eine sechste Schule betreut.

16. Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme"2013
0427/2013

Frau Siebenmorgen erläutert die Vorlage. Sie bittet um verstärkte Teilnahme von Mitgliedern des Integrationsrates. Viele Filme befassen sich mit den Themen Migration, Integration, Rassismus oder ähnlichem. Außerdem wird das Projekt auch mit dem Logo des Integrationsrates beworben. Die Eröffnungsveranstaltung findet am 19.11. statt und beginnt um 15.00 Uhr. An diesem Tag findet auch ab 17.00 Uhr die nächste Sitzung des Integrationsrates statt. Der Integrationsrat spricht sich für eine Verschiebung der Sitzung aus. *(Die Sitzung des Integrationsrates wurde auf Donnerstag, den 14.11.2013, verlegt.)*

Herr Iyilik ergänzt, dass das Thema „Integration“ letztmalig beim Filmfestival behandelt wird.

Auf Nachfrage Herrn Karakus' teilt Frau Siebenmorgen mit, zum Festival wurden wieder Diskussionspartner, ein Moderator und Paten eingeladen.

Auf Anfrage Frau Münzers erklärt Frau Siebenmorgen, die Filme seien in der Regel für Menschen ab 12 freigegeben. Frau Münzer regt an, die Kinder von MiKibU oder KiWo zu fragen, ob sie in die Vorführungen mitgehen möchten.

17. Bericht aus den Ausschüssen

Herr Karakus möchte wissen, warum in die Ausschüsse entsandte Mitglieder des Integrationsrates in den Ausschüssen nicht stimmberechtigt sind.

Herr Iyilik verweist darauf, dass diese Fragestellung von der LAGA aufgegriffen wurde. Es handle sich um einen langwierigen Prozess.

Frau Siebenmorgen sagt zu, sich bei Herrn Ruhe zu erkundigen und das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Integrationsrates mitzuteilen.

18. Bericht aus den Arbeitskreisen

Herr Basyigit berichtet aus dem Arbeitskreis „Parteienwerbung“ über die Vorstellung beim Ortsverein der SPD. Er fand das Treffen sehr positiv. Treffen mit anderen Parteien bleiben abzuwarten.

**19. Verschiedenes
Zwischenergebnis Zensus 2011 für die Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Cromme findet es verdienstvoll, dass Frau Münzer nach dem Zwischenergebnis Zensus 2011 gefragt und Frau Siebenmorgen dies vorgelegt hat. Zum ersten Mal würden bestätigte Zahlen für Bergisch Gladbach besonders für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund vorgelegt.

Frau Siebenmorgen erklärt, das Zwischenergebnis sei von der städtischen Statistikdienststelle erstellt worden. Dazu bestehende Fragen bitte sie schriftlich zu stellen, damit sie diese weiterleiten könne.

Frau Siebenmorgen weist auf das Fest der Kulturen am 22.09. hin. Dazu wurden Flyer ausgelegt. Erfreulicherweise seien ein oder zwei Mitglieder des Integrationsrates mit ihren eigenen Organisationen bzw. in Kooperationen dort vertreten. Herr Gür weist auf ein Quiz hin, dass dort durchgeführt wird.

gez. Iyilik
Vorsitzender

gez. Basyigit
Mitunterzeichner

Schriftführung